

abend 1/2 8 Uhr
Konzert
LEGS im
de, Nagold
höflichst zum
essen
1791
her, Nagold

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: Die 1-spaltige Bezugszeile oder deren Raum 20 S . Familien-Anzeigen 15 S . Reklamezeile 60 S . Sammelanzeigen 60% Ausschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn M 1.60; Einzelnummer 10 S . — Erscheint an jedem Werktag. — Verbreitete Zeitung im O.-A.-Bezirk Nagold. — Schriftleitung, Druck und Verlag v. G. H. Jaiser (Karl Jaiser) Nagold

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Volksh.-Kto. Stuttgart 5118

Nr. 289 Gegründet 1827 Montag, den 9. Dezember 1929 Fernsprecher Nr. 29 103. Jahrgang

Die Einigung über die österreichische Verfassung!

Wie berichtet, hat der Unterausschuß des Nationalrats für die Verfassungsreform am Freitag abend den stark abgeänderten Entwurf angenommen und der Nationalrat hat am Samstag oder Sonntag darüber zu beschließen. Bundeskanzler Schöberl mußte, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit zu erreichen, manche Bestimmungen seines Entwurfs fallen lassen.

Er hat nicht durchgesetzt: die Herausnahme Wiens aus der Zahl der Bundesländer; die Zuteilung der gleichen Anzahl von Vertretern für Wien wie für Vorarlberg im Bundesrat; die Abschaffung des Verhältniswahlrechts für die Wahl der Landesregierungen; die Wiedereinführung der Theater- und Kinozensur; die Verhängung des Ausnahmezustands; die Unterstellung der Orts-, Bezirks- und Landeschulräte, in Wien des Stadtschulrats, unter den Unterrichtsminister und die Aenderung der Verfassung durch einfache, statt durch Zweidrittelmehrheit.

In einigen Fragen hat die bürgerliche Mehrheit nachgegeben: in der Abschaffung des Verhältniswahlrechts in den kleinen Gemeinden; in der Einführung der einjährigen Selbsthaftigkeit in das Gemeindefachrecht; in der Befähigung des Bundespräsidenten, den Nationalrat aufzulösen; in der Wiederherstellung des Adels-titels und in der Aenderung des Wappens der Republik.

Die anderen Bestimmungen sind Kompromisse: Das Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten; die Wahlverfahren, die zweimal, Ende Januar und Ende Juli, aufgelegt und berichtigt werden, so daß die Erhöhung des Wahlalters auf 21 Jahre weniger Wähler entrichtet; die fünftägige Stellung Wiens, bei der die bürgerlichen Parteien an der Abschaffung des Bundeslands Wien festhielten, während die Sozialdemokraten eine Aenderung ablehnten, aber einem Euentualantrag zustimmen werden, daß der Bürgermeister in der mittelbaren Bundesverwaltung nur Beauftragter des Bundes ist, daher die letzte Entscheidung der zuständigen Bundesminister hat; die Wiener Gemeindeverwaltung, die binnen drei Monaten aufzulösen ist, wenn die Heimwehren gleichzeitig aufgelöst werden; die Abtretung der Aufsicht in den Theatern und Kinos an die Bundespolizei; die Uebertragung der Wiener Verkehrrspolizei nach den Befugnissen des Magistrats an die Bundespolizei; die Erweiterung der Befugnisse des Unterrichtsministers in den Mittelschulangelegenheiten.

Die endgültige Regelung der Stellung Wiens wird durch ein Wiener Landesverfassungsgesetz erfolgen. Auch in der Wiener Landesregierung wird die christlich-soziale-großdeutsche Minderheit nach dem Proporzsystem vertreten sein. In dem Uebergangsgesetz behandelt ein Paragraph die Funktionen des Bundespräsidenten. Der erst im vorigen Jahr gewählte Bundespräsident Miklas soll danach sein Amt verlieren, und nach Annahme der Verfassungsreform soll ein neuer Präsident gewählt werden. Ein Teil der Mehrheitsparteien will das nicht, da Miklas für vier Jahr gewählt ist und nicht einfach abgebaut werden kann.

Die österreichische Verfassungsvorlage angenommen

Wien, 8. Dez. Der Nationalrat hat nach achteinhalbstündiger Sitzung die Verfassungsvorlage der Regierung in der durch die Beratungen des Unterausschusses und des Verfassungsausschusses festgelegten Form in zweiter und dritter Lesung angenommen. Das Ergebnis wurde von den Mehrheitsparteien mit lobhaftem Beifall aufgenommen.

Die Bundesführung der Selbstschußverbände erklärt in einem Aufruf, das neue Gesetz sei wohl eine Niederlage der Marxisten, aber noch manches sei unerreicht und noch sei Wien nicht erobert. Weder die Regierung noch die Heimat-treue Bevölkerung könne sich daher mit dem Gesetz zufriedengeben und der Kampf werde aufs schärfste weitergeführt werden.

Die Österreichische Nationalbank hat den Wechselzins von 8 auf 7 1/2 Prozent ermäßigt.

Neueste Nachrichten

Keine Telephonanleihe

Berlin, 8. Dez. Gegenüber einer Blättermeldung, daß die Reichsregierung eine Anleihe gegen Verpfändung der Telephonanlagen der Reichspost aufnehmen wolle, wird von unterrichteter Stelle mitgeteilt, daß der Reichsregierung und der Reichspost nichts davon bekannt sei. Die Deutsche Reichspost denke nicht an eine Verpfändung ihrer Telephonanlagen.

Hindenburgs Besuch im Rheinland

Berlin, 8. Dez. Reichspräsident v. Hindenburg beabsichtigt, nach vollzogener vollständiger Räumung der dritten Zone dem Rheinland einen Besuch abzustatten. Auf

Zur Denkschrift Dr. Schachts

Eine halbamtliche Berichtigung

Berlin, 8. Dez. Verschiedene Blätter melden, in der Sitzung des Reichskabinetts am Freitag, in der zu der Denkschrift des Reichsbaupräsidenten Stellung genommen wurde, seien verschiedene Meinungen scharf aufeinander gestoßen. Die volksparteilichen Minister hätten der Regierungserklärung nicht zugestimmt.

Demgegenüber wird halbamtlich erklärt, die veröffentlichte Erklärung sei mit einhelliger Zustimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder abgefaßt worden.

Von verschiedenen Blättern wird nun behauptet, diese halbamtliche Berichtigung möge wohl äußerlich und der Form nach zutreffend sein, sei aber unbefreiibar, daß im Kreis des Kabinetts starke Meinungsverschiedenheiten bei der Beratung der Regierungserklärung zum Ausdruck kamen. Zu der etwas mageren Erklärung, wie sie schließlich der Öffentlichkeit übergeben wurde, wären keine mehrstündigen Beratungen, die sogar mittags unterbrochen wurden, erforderlich gewesen. Ebenso sei bekannt, daß Reichsfinanzminister Hilferding erst am 4. Dezember auf das entschiedene Drängen einiger Reichsminister seinen hartnäckigen Widerstand gegen die schleunige Einbringung der Reformvorlage fallen gelassen habe.

Die Köln. Ztg. schreibt: Es sei ein sachlich ansichtbarer und taktisch wenig glücklicher Standpunkt der Regierungserklärung, daß nur berufene amtliche Stellen Politik machen dürfen und daß eine von anderer Seite ausgehende Initiative selbst dann Tadel verdiene, wenn sie sachlich berechtigt ist.

Für das deutsche Volk bestehe jedoch nach den Erfahrungen der letzten Jahre kein Anlaß, der Regierung und dem Parlament ein unverkürztes Monopol politischer Initiative zu geben. Dr. Schacht habe monatelang mit Geduld und Geduld im Namen Deutschlands die Sachverständigenberatungen in Paris geleitet und bis zum Schluß die Nerven behalten. Von den Reichsministern auf der ersten Haager Konferenz könne man das nicht behauptet. Wenn nun Dr. Schacht auf der zweiten Haager Konferenz Sitz und Stimme eingeräumt werden soll, so könne das — bei der hervorragenden Befähigung Dr. Schachts — nicht nur als eine Art „Rückversicherung“ angesehen werden, sie beruhe mindestens zum Teil auf der Erkenntnis, daß Schacht einer unserer erfolgreichsten und angesehensten Unterhändler ist. Innerpolitisch könne die Schachtsche Denkschrift nur Gutes stiften.

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten

Berlin, 8. Dez. Der Herr Reichspräsident empfing am Samstag vormittag den Reichskanzler Müller, der in längerem Vortrag über die Schachtsche Denkschrift berichtete.

Deutschland kann auch den verfälschten Youngplan bezahlen

Paris, 8. Dez. Der „Matin“, das Sprachrohr Briands, schreibt: Wenn Deutschland fähig ist, die 2500 Millionen des Youngplans jährlich zu zahlen, dann kann es auch die zuzuführenden Summen bezahlen, die Stresemann im Haag ausdrücklich zugestanden hat.

Rundgebung der deutschnationalen Führer

Berlin, 8. Dez. Die deutschnationale Pressestelle veröffentlicht eine Rundgebung des deutschnationalen Parteivorstandes, der Fraktionsvorsitzenden und der Vorsitzenden der Landesverbände, in der es heißt: Nie war deutsches Volkstum und deutsche Wirtschaft schwerer bedroht als jetzt. Nie war eine starke und geschlossene Rechte nötiger als heute. Etwas ein Duzend Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei haben das Gebot der Stunde nicht erkannt. In kleinen Gruppen haben sie die deutschnationale Kampffront verlassen. Die jetzt mit dem Austritt der Abgeordneten an die Öffentlichkeit kommende Parteineubildung war seit langem Gesprächsstoff politischer Klubs von mittelparteilichen Zeitschriften und Zeitungen. Die Parteineubildung wurde in dem Augenblick zur Tatsache, in dem die ihr zustrebenden Abgeordneten erkennen mußten, daß ihre Politik des Hineindrängens in die Mitte von der Partei eindeutig abgelehnt wurde und der Versuch zum Sturz des Parteiführers gescheitert war. Die jetzt in Artikeln und Erklärungen ausgesprochenen Ansichten sind nur Scheingründe. Wir fragen aber,

warum die Ausgeschiedenen dies nicht vor dem Kaffeler Parteitag zu vertreten wagten. Der Weg führt nicht „auf der Grundlage der heute gegebenen Verhältnisse“, sondern in ihrer Aenderung liegen die Aufgaben für Gegenwart und Zukunft. Die Deutschnationale Volkspartei wird in einmütigem Zusammenwirken zwischen Parteiführungen und Fraktionen ihren Weg gehen. Im Geiste Helfferichs wird sie zielbewußt und in geschlossener Kraft den Kampf weiter führen, der das deutsche Volk vor dem ihm durch die Annahme des Youngplans und die Vorherrschaft des Marxismus zugebachten Schicksal bewahren soll.

München, 8. Dez. Die Deutschnationale Volkspartei in Bayern hat ihren Parteivorstand und Landesauschuß nach Nürnberg einberufen, um zu den Vorkommnissen in der deutschnationalen Reichstagsfraktion Stellung zu nehmen. Im voraus wird erklärt, daß die bayerischen Deutschnationalen in ihrer Leitung und allen Instanzen der Parteivertretung fest zur Hugenberglinie eines entschiedenen Rechtssturzes stehen.

eine Einladung der Stadt Trier zu der vorgesehenen Befreiungsfeier im nächsten Sommer antwortete der Reichspräsident, er könne jetzt noch keine Bestimmungen treffen. Wenn es aber so weit sei, daß er sein Reiseprogramm aufstellen könne, so werde er gern die Einladung der Stadt Trier in Berücksichtigung ziehen.

Der Zeitpunkt der Räumung ist bekanntlich noch ganz unbestimmt. Sicher scheint nur zu sein, daß die dritte Zone auf 30. Juni noch nicht frei sein wird.

Die deutsche Chemie dem internationalen Verband beigetreten

Berlin, 8. Dez. Der Vorstand des Verbands deutscher chemischer Vereine, den die deutsche Bunsengesellschaft für angewandte physikalische Chemie, die Deutsche chemische Gesellschaft und der Verein deutscher Chemiker im Vorjahr gebildet haben, ist nach eingehenden Verhandlungen der Union international de chimie beigetreten.

Die Entscheidung im braunschweigischen Kirchenstreit

Leipzig, 8. Dez. In der gestern abend verkündeten Entscheidung des Staatsgerichtshofs heißt es u. a.: Das Land Braunschweig ist verpflichtet, für die Zeit vom 1. April 1928 an als Staatszuschüsse für die im Dienst der Landeskirche befindliche gemessenen oder befindlichen höchstens 231 Geistlichen des Landes Braunschweig mit Ausnahme der Stadt Braunschweig einen Betrag in Reichsmark zu zahlen, der ziffernmäßig gleich ist einem Drittel der Markbeträge, die diesen Geistlichen auf Grund der braunschweigischen Landes- und Kirchengesetze zustehen würden. Diese Zuschüsse sind für solche Geistliche nicht zu zahlen, deren Pfründeinkommen ihren Bezügen in Reichsmark zum mindesten gleichkommen. Mit ihrer Mehrforderung — diese bezog sich namentlich auf Nachzahlungen vom 1. Dez. 1923 bis 30. November 1927 — wird die Landeskirche abgewiesen.

Rücktritt der polnischen Regierung

Warschau, 8. Dez. Das Kabinett hat gestern beschlossen, zurückzutreten, nachdem der Sejm am Freitag den Mißtrauensantrag der Oppositionsparteien gegen die Regierung mit 246 gegen 120 Stimmen angenommen hatte.

Württemberg

Stuttgart, 8. Dezember.

Christlich-soziale Einigung. In Stuttgart fand eine erste Frühlingnahme zwischen Führern der Christlich-Sozialen Reichsvereinigung und des Christlichen Volksdienstes statt. Von der Christlich-Sozialen Reichsvereinigung nahmen an den Verhandlungen teil: Die Herren Prof. Farrer Weid-Frankfurt a. M. und Hülfen-Berlin, vom Christlichen Volksdienst die Herren Kling, Bausch und Simpfendorfer-Stuttgart. Die Aussprache ergab weitgehende Uebereinstimmung. Es wurde vereinbart, daß bevollmächtigte Vertreter beider Gruppen am 15. Dezember in Frankfurt a. M. zur Beratung über eine etwaige Verschmelzung zusammenzutreten sollen.

Den Tod von zwei Kindern verschuldet. Vor dem Großen Schöffengericht hatte sich heute der Kaufmann Albert Hagen von Ludwigsburg wegen fabrikförmiger Brandstiftung mit Todesfolge zu verantworten. Der Angeklagte, der in Ludwigsburg, Marktplatz 4, ein Kolonialwarengeschäft betreibt, hatte im Dachstock eines Hintergebäudes Sprengpulver, Feuerwerkskörper und Zündhölzer vorschriftswidrig unverschlossen aufbewahrt. Am 8. Juli dieses Jahres kamen nun verschiedene Kinder beim Spiel in das Magazin und zündelten, wobei es zu einer Explosion kam, der die beiden 8 und 9 Jahre alten Söhne des Stadt-

pfarrers Dr. Sting zum Opfer fielen. Das Urteil lautete an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten auf eine Geldstrafe von 1200 Mark.

Was die Einkommensteuerstatistik sagt. Nach der Einkommensteuerstatistik hatten von 23,25 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger im Jahr 1926 keinerlei steuerpflichtiges Einkommen 10,38 Millionen, die demnach nur 1200 RM und darunter jährlich verdienten. 0,36 Millionen waren infolge der Familienermäßigung ebenfalls steuerfrei. Sie verdienten im Durchschnitt 1877 RM. Die verbleibenden steuerzahlenden 12,49 Millionen hatten ein Gesamteinkommen von 25,06 Milliarden RM. Also ein Durchschnittseinkommen von 2006 RM. Nur 168 000 Gehaltsempfänger haben sich aus dieser Sicht heraus, die ein Jahreseinkommen von über 8000 Mark beziehen und daher neben dem Lohnabzug noch der Einkommensteuerveranlagung unterliegen. Die 3,76 Millionen veranlagten Steuerpflichtigen gaben ein Einkommen von 12,6 Milliarden RM, an 45,61 Prozent der Veranlagten verdienten bis 1500 RM, 29,18 bis 3000 RM jährlich. Insgesamt blieben 91,81 Prozent unter 8000 RM Einkommen, nur 7,84 Proz. verdienten zwischen 8000 bis 15000 RM und 0,35 hatten ein Einkommen von über 50 000 RM jährlich.

Aus dem Lande

Vaihingen a. L., 8. Dez. Zur Warnung. Diesen Sommer kam ein Photograph aus Essen zu einer hiesigen Witwe. Er wollte eine Vergrößerung des Bilds ihres Mannes herstellen. Die Frau lehnte bestimmt ab. Sie brauche nichts zu zahlen, er wolle ihr das Bild nur zum Ansehen ausgeben. Auch das wurde abgelehnt. Aber der Mann ist jäh. Er steckt ohne Erlaubnis die Photographie des Mannes ein. Nur ihre Adresse sollte die Witwe auf einen Zettel schreiben. Das tat sie, merkte aber nicht, daß sie auf dem Zettel eine Bestellung unterschrieben hatte, weil sie große Eile hatte und fort mußte. Einige Wochen nachher zieht ein älterer Mann 5 Mark ein. Wenn sie nicht zahle, müsse sie in Essen vors Gericht; sie habe unterschrieben. So werden die 5 Mark bezahlt. Einige Wochen nachher kommt das vergrößerte Bild, völlig wertlos, unerkennbar, Schund — aber es kostet 12 Mark Nachnahme.

Ehlingen, 8. Dez. Streit um das Oberbürgermeistergehalt. In der letzten Gemeinderatsitzung gab es recht unerquickliche Auseinandersetzungen über das Gehalt des neugewählten Oberbürgermeisters Dr. Lang von Langen, bisher in Schwemningen. Die Stadtvorstandsstelle war ausgeschrieben nach Gruppe C 3 der Gehaltsordnung (14 000 M.), Wohnunsaesd 1368 M. sowie eine

angemessene Aufwandsentschädigung, nach Ansicht des Gemeinderats 10 v. H. oder 1400 M. Führt der neue Stadtvorstand einen eigenen Haushalt, dann beträgt das Wohnungsgeld 1728 M. Zunächst hatte Dr. Lang v. Langen eine dem Ministerium vorzulegende Erklärung über die Annahme der Wahl eingereicht unter der Voraussetzung, daß „einige Wünsche berücksichtigt“ würden. Diese Wünsche teilte er später mit. Er will nämlich 22 000 M., wie er sie in Schwemningen hatte, also 5000 M. mehr als der Gemeinderat geben will, und die Bürgerschaft für einen Bantredit von 10 000 M. zur Bestreitung seiner Kosten für die Wahl. Der Gemeinderat lehnte eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung ab. Die übrigen Bezüge sind gesetzlich geregelt. Die Übernahme der Bürgerschaft wurde ebenfalls abgelehnt. Der Vorfall wirkt zum voraus einen Schatten auf ein gezieltes Zusammenarbeiten von Stadtvorstand und Gemeinderat. Die „Ehlinger Zeitung“ bemerkt: Die große Wählerkraft, die Dr. Lang von Langen ihre Stimme gegeben hat, hat wahrscheinlich eine bedingungslose, freudige Annahme der Wahl erwartet und nicht geglaubt, daß es noch irgendwelche Anstände geben würde.

Oberndorf, 8. Dez. Der neue Oberamtsarzt Dr. med. Schwarz, Assistenzarzt beim leitenden Polizeiarzt in Stuttgart, wurde zum vollbesoldeten Oberamtsarzt für den Oberamtsbezirk Oberndorf—Sulz mit dem Sitz in Oberndorf ernannt.

Gmünd, 8. Dez. Ehrenpatente Hindenburg. Der Reichspräsident von Hindenburg hat bei dem jüngsten Sohne des Fabrikanten Robert Grimminger hier, der auf den Namen Paul getauft werden wird, die Ehrenpatenschaft übernommen.

Ravensburg, 8. Dez. Schwere Diebstahl. Dem Geschäftsführer des Hamburger Kaffeelegers wurde in seiner Wohnung die Summe von 1500 M. gestohlen. Als Diebe konnten drei junge Menschen, die bei einer hiesigen Firma beschäftigt sind, verhaftet werden.

Reutlingen, 8. Dez. Eine Warnung an die Gemeinderäte. In der letzten Gemeinderatsitzung richtete sich Oberbürgermeister Dr. Haller erneut an die Gemeinderatsmitglieder, die Beratungen in den nichtöffentlichen Sitzungen als streng vertraulich zu behandeln. Sollten wieder Fälle von Inzidenzen vorkommen, so würde er es für seine Pflicht halten, mit den schärfsten Disziplinarstrafen vorzugehen.

Ehrenstein M. Ulm, 8. Dez. Petri Heil. Im Blauwäasser Ehrenstein hat Notar Käsböhrer Ulm einen Hecht mit einem Gewicht von 14 Pfund und Fabrikant Hummel einen solchen mit 7 1/2 Pfund geangelt.

Aus Stadt und Land

Magold, den 9. Dezember 1929.

Das Feinstichste am körperlichen Schmerze ist das Anfechtliche, nämlich unsere Ungebuld und unsere Täuschung, daß er immer währe. Jean Paul.

Zum Ende der ersten Dezemberwoche

Wiederum sind wir eine Woche dem Christfest näher gerückt, die Kinder fangen schon an, die Tage zu zählen und ihre Gedanken kreisen um die Erfüllung ihrer Wünsche, ein seliges Raunen und Klängen geht von Mund zu Mund über den Nikolaus, der am Donnerstag oder Freitag seinen Besuch machte und als gütiger oder grimmiger Geselle mehr oder weniger seinen Zweck erfüllte, oder über das Christkind, das als gütiger Engel noch sehnsüchtig herbeigewünscht wird. Heimlich und verstoßen sind am Abend die Mutter, die tagsüber schon mit ihrer Weihnachtsbäckerei beschäftigt ist, und der Vater zugegen, in des Christkindswerkstatt zu arbeiten u. die eigenen Gedanken fliehen sehnsüchtig zurück in das selbige eigene Kinderland. Und führt uns unser Weg durch die Straßen der Stadt, so bemerken wir auch hier das nahe Weihnachtsfest an den Tannenreisern und der geschmückten Christbäumchen in den Schaufenstern, sehen in verlockenden Auslagen ein reiches großstädtisches Angebot der heimischen Geschäftswelt und an den Scheiben der Spielwarenläden drücken sich unsere Kleinen schier ihre Näschen platt. Trotz allem will es im Menschenherz heuer garnicht so richtig weihnachtlich werden. Einmal mag es von der wirtschaftlichen Notlage so vieler kommen, zum andern trägt aber auch das Frühlingwetter, das uns der „Nebelmond“ bisher bescherte, dazu bei. Allein das rotbraune Laub auf den Waldwegen oder der fehlende Finkenschlag und die Stille der übrigen Vogelwelt ließen uns gestern bei dem herrlichen warmen Sonnenschein den Frühlingstag verneinen. Spennogold lag über dem heimatischen Tal und lodte zu Spaziergängen auf trockenen Waldpfaden und gangbaren Straßen. Weihnachtlicher schon mutet der Sturm an, der bereits an verschiedenen Abenden durch das Land braut, an den alten Dächern rüttelt, daß die lockeren Schindeln den Weg zur Erde finden, die hohen Tannen unter seiner Peitsche ähzen und stöhnen und Papierfetzen miteinander Fangball spielen und schließlich der alte eingerostete Wetterhahn krächzt: „Soll ich denn keine Ruhe mehr haben“ und in sich hinein knurrt: „Ich glaube, es gibt bald anderes Wetter und der Winter kann nicht mehr weit sein“. Er muß es ja wissen, denn er macht schon länger als wir heute lebenden Menschen den alljährlichen Sturmrummel mit. Und dort aus dem Fenster klingt von noch ungeübter Kinderhand gespielt das hoffnungstrobe „O du fröhliche, o du selbige, Gnaden bringende Weihnachtszeit“. Ja wirklich, es ist nicht mehr weit, nur noch etwas mehr denn zwei Wochen und des Christkinds Gloden klingen!

Daß wir aber auch in einer Zeit der wirtschaftlichen und politischen Not leben, das zeigte uns am Samstag Abend im Traubenfaal die . . .

Staatsbürgerliche Bildungstagung

. . . zu der zusammen mit der Reichszentrale für Heimatdienst das hiesige Stadtschultheißamt eingeladen hatte. Bei einem mittelmäßigen Besuch konnte Stadtschultheiß Maier unter Hinweis auf die schweren drückenden Tributlasten die begründenden Worte sprechen und hieß zugleich mit den Zuhörern den Vertreter der Landesabteilung Dir. Korzenborfer und die beiden Redner des Abends. Studiendirektor Schiefer und Dr. Knehr, alle drei aus Stuttgart, willkommen. Direktor Korzenborfer sprach über den Zweck des Heimatdienstes, seine Aufgabe und Notwendigkeit. Die Reichszentrale für Heimatdienst diene zur sachlichen und überparteilichen

Auffklärung über außenpolitische, soziale, wirtschaftspolitische und kulturelle Fragen. Neben literarischen Veröffentlichungen, der Herausgabe einer eigenen Zeitschrift und staatsbürgerlichen Lehrgängen stünden im Mittelpunkt der Aufklärungsarbeit der R. f. S. die staatsbürgerlichen Bildungstagen, deren Notwendigkeit anerkannt und bewiesen sei. Die Vorträge seien frei von jeder Partei- und Interessenpolitik und würden durch Förderung des Wissens über Tatsachen und innere Zusammenhänge der deutschen Volksgemeinschaft dienen.

Es folgten nunmehr zwei hochinteressante Vorträge. Stud. Dir. Schiefer sprach über „Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit“. Er führte hierbei ungerade folgendes aus:

1. Die deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit ist aufs Engste verknüpft mit dem Friedensdiktat von Versailles und seiner bisherigen Abwicklung. Grundlage des Friedens sollten bilden die 14 Punkte Wilsons. Versprochen war ein Friede der Gerechtigkeit, der Selbstbestimmung der Völker, allgemeine Abrüstung und anderes mehr. Was zutage kam, war das gerade Gegenteil, eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Zur Rechtfertigung dieser Vernichtungspolitik gegenüber Deutschland erfindet man die Lüge von der Allein Schuld Deutschlands am Kriege.

Ungeheure Verluste an Land, Bodenwerten und wirtschaftlichen Gütern folgten. U. a. verloren wir 25 Proz. der Erzeugung an Getreide, Kartoffeln und Kohle, 50 Proz. an Hochöfen, Walz- und Stahlwerken, etwa 75 Proz. an Eisenerz und anderen Metallagern. Die deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit läßt sich in 3 Abschnitte einteilen:

- 1. Der Kampf Deutschlands um seine Existenz
2. Der Aufbruch mit dem passiven Widerstand
3. Unser Ringen in Freiheit um Recht.

Der erste Abschnitt ist insbesondere charakterisiert durch die Kriegsschuld und unerträgliche Demütigungen. Ob eine andere Politik als die, die wir führten, bessere Umstände geschaffen hätte, ob wir bei der damaligen Unbarmsichtigkeit unserer Gegner der drohenden Vernichtung entgangen wären, ob einem erschöpfenden Volk eine andere Politik hätte zugemutet werden dürfen, ist sehr in Frage zu stellen. In den ersten vier Nachkriegsjahren wurde in 27 Konferenzen versucht, den Vertrag zu realisieren, was diesen selbst entsprechend charakterisiert. England war sehr bald für eine wirtschaftliche Erleichterung durch Verständigung, aber Frankreich bestand auf seinem Schein. Eine erste Festlegung der Reparationsfrage gelang im Londoner Ultimatum vom Sommer 1921, wo man Deutschland zwang, eine Tributlast von 135 Milliarden, eine Abgabe von 26 Proz. seiner Ausfuhr und anders mehr auf sich zu nehmen. Auf der Konferenz von Genoa im April 1922, zu der 34 Staaten eingeladen waren, versuchte England das Friedensproblem Europas in seiner Gesamtheit aufzuwerfen. Aber Frankreich Widerstand, die Reparationsfrage zu behandeln, brachte sie zum Scheitern. Den einzigen Erfolg trug die deutsche Abordnung davon, die zum großen Ärger unserer Gegner in Rapallo ein Uebereinkommen mit Rußland traf. Die Unerfüllbarkeit der uns auferlegten Lasten führte den immer hoffnungsloser werdenden Zerfall unserer Währung herbei und brachte den völkerrechtswidrigen Rußereinbruch der Franzosen mit Beschlagnahme, Terror, und Separatistenbewegung. Das Ergebnis zwang jedoch auch die Franzosen sich umzustellen und den Weg der Verhandlungen einzuschlagen, die zum Dawesplan führten, der die Anwendungsmöglichkeit des Londoner Ultimatus erproben sollte. Die „Sicherheits“-Politik Frankreichs, die u. a. auf den Rhein abzielte, wurde durch das Abkommen von Locarno unterbunden. Durch den Eintritt in den Völkerbund konnte Deutschland wieder im vollen Sinne aktiv in der internationalen Politik werden. Um die Aufhebung der Rheinlandbesetzung und der Kontrollen zu erreichen, mußte unter anderem „definitiv“ gelöst werden. So kann man zum Youngplan, der das Provisorium des Dawesplans ersetzen soll. Dieser belastet uns zwar mit Zahlungen, die einen Gegenwartswert von 35 Milliarden haben, macht uns aber endlich wieder zum Herren im eigenen Hause. An die Möglichkeit der Erfüllung dieser finanziellen Belastung glaubt niemand in Deutschland und wohl auch kein Sachverständiger des Auslandes.

2. Problem der deutschen Außenpolitik. Nicht nur die außenpolitische Lage Deutschlands, sondern die ganze Europas ist eine andere geworden. Während Europa sich im Weltkrieg zerstückelte, hat sich das Weltbild völlig verändert. Das weltwirtschaftliche und weltpolitische Schwerkraft ging verloren

und insbesondere an die Vereinigten Staaten von Amerika über, ein ungeheuer reiches Land von der Größe Europas. Überall sehen wir kontinentale und interkontinentale Machtbildungen von größtem Ausmaß. Diese knüpfen sich an Begriffe wie Panamerika, Panasien, Panmongolismus, britisches oder gar angelsächsisches Weltreich, russisches Imperium usw. Dieser herausziehenden neuen Weltperiode gegenüber steht das alte und alternde, balkanisierte Europa, mit größeren Gegensätzen, Mehrstaaten und Währungen und längeren Zollgrenzen als vor dem Kriege. Die Konkurrenz des Krieges starren in Waffen, aus Furcht, früher oder später ernen zu müssen, was gefürchtet wurde. Zwei Strömungen streiten miteinander: frühere oder spätere Austragung der Gegenätze in einem neuen Weltbrand, der Europa den Todesstoß versetzen würde, oder Ueberbrückung und Neuordnung durch wirtschaftliche und politische Verständigung. Deutschland, das größte Land im Herzen Europas gelegen, stellt die Brücke dar, zwischen Westen und Osten und auch zum Süden hin, eine Stellung, die sehr positiv sein und das Schicksal Europas entscheiden kann. Die Stellung Deutschlands innerhalb Europas hängt wesentlich ab von der des gesamten Europas gegenüber der übrigen Welt. Wohnraum und Wirkungsweite sind für Zahl und Kraft unseres Volkes viel zu eng. Vorherhand gibt es, siedlungspolitische Maßnahmen, insbesondere an unseren Ostgrenzen, zu treiben. Selbstbestimmungsrecht und Abrüstung sind Lebensfragen für das Schicksal Deutschlands, Europas und des Völkerbundes. Der Zusammenschluß des Deutschen Volkes wird kommen müssen, denn nur so ist ein Panuropa möglich, das allein unseren Kontinent retten kann und auf das alle kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse längst hinweisen. Der Erfolg unserer Außenpolitik hängt von der Mitarbeit unseres Volkes ab. Das Studium der Lebensfragen Deutschlands sollte unser zweiter Beruf sein. Das Erziehungs- und Bildungsweien sollte sich endlich auf diese wichtige Aufgabe einstellen, wie dies in den Vereinigten Staaten von Amerika und auch in England und Rußland geschieht. Dazu muß kommen eine gründliche Vereinigung unserer innenpolitischen Mächte. Wenn Geist und Wille vorhanden sind, werden sie mächtiger sein als alle materielle Gewalt.

Anschließend sprach Dr. Knehr, der Geschäftsführer eines industriellen Verbandes, über „Die Neuregelung der Reparationen, Dawes- und Youngplan“.

Nach einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung dieser Frage, die vom Verfall der Vertrag über das Londoner Abkommen von 1921 und den Rußkampf zum Dawesplan von 1924 geführt hat, erörterte der Redner die Erwägungen und Absichten, die für die Einberufung der Pariser Konferenz bestimmend waren. Der Hauptteil seiner Ausführungen galt einem Vergleich der wichtigsten Punkte des in dieser Konferenz zustande gekommenen und durch die Haager Verhandlungen in einzelnen Punkten abgeänderten Youngplans mit den entsprechenden Bestimmungen des Dawesplans. Im einzelnen wies der Redner nach, daß die Höhe der deutschen Leistungen nach dem Youngplan wesentlich geringer ist als nach dem Dawesplan, und daß gegenüber dieser Ermäßigung der Gesamtleistungen die Frage nach ihrer Dauer, also der Erstreckung der Zahlungen über einen längeren Zeitraum, an Bedeutung zurücktritt. Besonders eingehend beschäftigte sich der Redner mit den Bestimmungen über Ausbringung und Transferzahlung; er hob hervor, daß der Transferzahlung des Dawesplans bisher nicht wirksam geworden ist und daß Deutschland auf das Wirksamwerden dieser Schutzbestimmungen bis auf weiteres auch umso weniger rechnen könnte, als es keinerlei Einfluß auf ihre Anwendung durch den Reparationsagenten und das Transferkomitee habe. Dazu komme, daß auch der Transferzahlung des Dawesplanes einen erheblichen Teil der nach diesem Plan zu leistenden Zahlungen (Dienst der Dawesanleihe, Zahlungen aus den Reparationsabgaben usw.) nicht umfasse. Selbst im Falle der Anwendung der Schutzbestimmungen des Dawesplans würden außer diesen Beträgen erhebliche weitere Teile der deutschen Zahlungen von den Empfängern in Deutschland selbst ausgegeben werden können, jedoch auch die Hoffnung, auf dem Wege über die Einstellung des Transfers schließlich auch zu einer Senkung der inneren deutschen Aufbringungslasten zu kommen, sich auf Jahre hinaus als trügerisch erweisen würde. Wenn nun der Youngplan Deutschland die Verpflichtung auferlege, den Transfer seiner Zahlungen an die Gläubiger künftig wieder selbst vorzunehmen, so gebe er ihm doch neben der gesteigerten Verantwortung auch die Möglichkeit, selbständig entsprechend dieser Verantwortung zu handeln und ein Teilmoratorium seiner Leistungen durch eigenen Entschluß herbeizuführen. Das Moratorium erfordere sich nicht auf den zur Mobilisierung bestimmten Teil der deutschen Zahlungen, dessen Höchstbetrag 700 Millionen M. betrage, diese Summe liege aber nicht so hoch über dem bisher praktisch auch ungeschützten Teil der Zahlungen unter dem Dawesplan, daß man hierin eine wesentliche Verschlechterung unserer Lage in Bezug auf den Transfer erblicken müßte.

Wenn Deutschland genötigt sei, ein Moratorium seiner Zahlungen anzukündigen oder auch nur ins Auge zu fassen, so führe das nach dem Youngplan zu Verhandlungen mit den Gläubigern, um eine Neuregelung herbeizuführen. Daraus, daß diese Möglichkeit vorgelegen sei, ergebe sich schon, daß auch der Youngplan nicht die letzte Lösung der Reparationsfrage sei. Er sei nichts anderes als die erste Revision des Dawesplans, der weitere Folgen werden und folgen müssen, aber er sei eine Revision, die durch Verhandeln herbeigeführt wurde, und nicht durch eine Krise, die alle für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik Verantwortlichen vermeiden wollen, solange dies möglich ist.

In der darauf folgenden Aussprache, auf die wir nicht im einzelnen eingehen wollen, kam die rege politische Interessiertheit eines Großteils unserer Bevölkerung zum Ausdruck. Es beteiligten sich neben den Verantwortlichen hieran: Dr. Stähle, Oberstudienrat und M. d. L. Bauer und Forstmeister Birck. Insbesondere wurde u. a. dem Heimatdienst von nationalsozialistischer Seite der Vorwurf gemacht, daß er nicht sachlich sei und die Regierungspolitik verteidige, von Sparenden wurde die staatspolitische Bildungsarbeit der R. f. S. begrüßt und betont, man möchte sehr darauf achten, daß keine Schönfärbung der augenblicklichen Verhältnisse unterliefe und schließlich wurde der Heimatdienst gemahnt, auf die Einigkeit des Volkes hinzuwirken. Gegen 1/2 Uhr konnte die Versammlung von dem Vorsitzenden geschlossen werden.

Mit Schluß dieser Versammlung war also schon der 2. Adventssonntag heraufgezogen. An öffentlichen Veranstaltungen brachte er lediglich Zweierlei. Einmal hatte das Musikkolleg zu einem Unterhaltungskonzert in das Gasthaus „Linde“ eingeladen. Man war gerne dem Rufe gefolgt, denn ganz besonders in letzter Zeit erheischen die Leistungen dieser Musikvereinigung unter Leitung von Herrn Besch Anerkennung und Lob. Ueber die zweite Veranstaltung am gestrigen Abend, den . . .

Werbeabend des Christlichen Vereins Junger Männer

. . . wird uns von bekannter Seite, W—n zeichnend, wie folgt berichtet: Gestern Abend veranstaltete der CVJM im Vereinshaus seinen Werbeabend; er war überaus zahlreich besucht. Werbeabend — für wen? für unsere Jugend! Der Abend stand unter der Losung: „Wir sollen Gott fürchten und lieben“. Die Wahl der Losung hat ihren Grund zunächst darin, daß dieses Jahr das 400jähr. Jubiläum der Katechismen brachte. — Passen beide zusammen, der Katechismus und der junge Mann? oder ist uns der Katechismus nur das Lernbuch der Schulzeit, das wir am Ende gar in unangenehmer Erinnerung haben. Könnte der Katechismus uns nicht immer mehr ein Lebensbuch werden und beson-

ders au
grünung
sprache
der Los
wertvol
Außenh
eins. D
mit der
ben“ w
das Au
darf ni
Mensch
ter Beg
Leiter i
fährst
schen
abgab
anstatu
trägen
mit Gel
nis ab
und wa
pflegt
größte
Werken
dem höc

Die Y
liche Ha
gart am
Heilbr
nördlich
bei auf
wir: M
Wander
penberic
Zeitschr
öffentlic
Gg. C
Völte

daß Her
Ortsvor
lang ver
Wohl fe
auch Mi
arbeit an
auch dar
Kirkenge
u. bis her
Gerr St
Gemeind
des Kirch
verweser
wünsche
kranz sei
einen Ja
Gerr Ge
sprache f
gegenged
vergönnt
geistiger

Bor
t u n g
ehelicher
der Br
Kreihen
leben de
leit stin
des Fün
geschwin
während
verdien
sienes t
feines
schrieb
von ihr
lichem R
Stellun
bad, die
heit, die
er beach
den. D
verbreit
Wohltat
die Em
dem geg
gespielt
hat in
Kreuz
hat er
Köln v
Jahr u

30 n
Staatsr
gemein
städtich
in der
hört a
m a n n
p e n , n
boren u

Bekt
firma
tenwald
wegen
worden
haben
sollen
ursacht
den ver
Firma
Ein
gründet

aten von Amerika... GröÙe Europas... kontinentale Macht... üpften sich an Be...

ders auch einem jungen Mann? Nach einleitenden Begrüßungsworten von Inspektor Bauer folgte eine Ansprache von Stadtpfarrer Brecht. Diese gab vor allem der Lösung bereiten und kraftvollen Ausdruck und war wertvoll ergänzt durch Vorurteile anders Denkender und Außenstehende über das Neufere eines Jungmännervers...

„Aus dem Schwarzwald.“ Die Novemberblätter sind es, die über die außerordentliche Hauptversammlung des W.Schwarzw.Vereins in Stuttgart am 10. November berichten. Sodann weiß G.A. Wolf, Heilbronn, einiges über die aussichtsreichen Höhen des nördlichen Schwarzwaldes zu erzählen und er kommt dabei auch in unsere nähere Heimat. Im übrigen finden wir: Allerlei aus dem Kreisegebiet von Prof. Eimer, Wanderfahrten von „Jungschwarzwald“ und Ortsgruppenberichte. Das Vereinssehnenzeichen erhielten, wie die Zeitschrift meldet, und wie wir es bereits schon z. T. veröffentlichten: W. Dürr, L. Heß, beide von Nagold und G. Eberhardt, A. Frauer und Stadtpfarrer G. Böter von Wildberg.

Wildberg, 9. Dez. Ehrung. Gestern waren es 50 Jahre, daß Herr Stadtschultheiß a. D. Mutschler sein Amt als Ortsvorsteher in hiesiger Gemeinde übernahm. Ueber 40 Jahre lang verfaß er dieses Amt treu und gewissenhaft, immer aufs Wohl seiner Gemeinde bedacht. Während dieser Zeit war er auch Mitglied des Kirchengemeinderats. Wie sehr ihm die Mitarbeit am Wohl der Kirche am Herzen lag, zeigte sich u. a. auch darin, daß er nach seiner Zurückbeziehung auf Wunsch des Kirchengemeinderats das Amt des Kirchenpflegers übernahm u. bis heute führt. Unter Ueberreichung eines Blumenkorbes brückte Herr Stadtschultheiß Schmelze dem Jubilar im Namen des Gemeinderats seine Glückwünsche aus. Eine kleine Abordnung des Kirchengemeinderats unter Führung des Herrn Stadtpfarrverweyers Beyersbach überbrachte die DankesgrüÙe und Segenswünsche des Kirchengemeinderats. Abends ehrte der Lieberfranz seinen Gründer und langjähriges Ehrenmitglied durch einen Fechtzug und ein Ständchen. Der Vorstand des Vereins, Herr Hermann Seeger, dankte ihm in einer herzlichen Ansprache für das Wohlwollen, das er jederzeit dem Verein entgegengebracht hat. Möge es dem Jubilar nach Gottes Gnade vergönnt sein, sich noch einige Jahrelein guter Gesundheit und geistiger Frische erfreuen zu dürfen.

Aus aller Welt

Ein abgefeimter Betrüger

Vor einiger Zeit erregte ein gewisser Karl Hartung in Berlin und anderswo Aufsehen, der sich als unehelichen Sohn des Kaisers und seiner jetzigen Gemahlin, der Prinzessin Hermine, ausgab. Er fand in manchen Kreisen Glauben, weil er manche Angaben von dem Privatleben der Prinzessin anführen konnte, die mit der Wirklichkeit stimmten. Zu der Prinzessin war er auf Empfehlung des Fürsten Salm-Horstmar gekommen, dem Hartung vorgehend hatte, er sei Polizeiberwachtmeister und habe während des Ruyfampfes sich um die deutsche Sache sehr verdient gemacht. Die Prinzessin unterstützte den Kerl wegen seines tapferen Verhaltens mit 500 Mark, wie sie auch sonst vielen Unterstützungsberechtigten stets beigestanden ist; sie schrieb auch einige Briefe an Hartung, wie sie mit allen von ihr unterstützten Personen in persönlichem und brieflichem Verkehr zu bleiben pflegte. Sie besorgte ihm auch eine Stellung in Berlin, die er aber wegen schlechter Aufführung bald wieder verlor. Hartung hatte noch die Unverschämtheit, die Prinzessin um eine größere Summe anzugehen, da er beabsichtigte, eine Wad- und Schließgesellschaft zu gründen. Dieses Ansuchen wurde abgeschlagen, und aus Rache verbreitete er nun die schamlosesten Gerüchte über seine Wohltäterin. An den Fürsten Salm war Hartung durch die Empfehlung eines Kölner Polizeioffiziers gekommen, dem gegenüber er sich als „frammer Stahlhelmmann“ aufgespielt hatte. Der „alte Frontsoldat“ von jetzt 26 Jahren hat in Wirklichkeit die Front nie gesehen und das Eisernen Kreuz erster und zweiter Klasse, die er zu tragen pflegte, hat er sich selbst verlehnt. Die Große Strafkammer in Köln verurteilte den Schwindler ziemlich milde zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis.

30 neue deutsche Städte. Durch Beschluß des preußischen Staatsministeriums ist 30 Ortschaften, die bisher Landgemeinden oder Marktstellen waren, der Uebergang zur städtischen Verfassung gestattet worden. Sie liegen sämtlich in der Provinz Hannover. Zu den neuen Städten gehört auch Fallersleben, der Geburtsort Hoffmanns, des Dichters des Deutschlandliedes, und Weppen, wo der bekannte Zentrumsführer Windhorst geboren wurde.

Betrügerischer Bankrott. Die Mitinhaber der Holzgroßfirma Bertram in Klais (zwischen Parkenkirchen und Mittenwald), die Brüder Karl und Gottlieb Bertram, sind wegen Verdachts des betrügerischen Bankrotts verhaftet worden. Der bayerische Staat (Forstfiskus) soll um eine halbe Million Mark geschädigt worden sein. Die Verluste sollen zum Teil durch Veruntreuungen der Inhaber verursacht worden sein. Eine Untersuchung ist eingeleitet gegen den verantwortlichen Beamten eines Finanzamts, der der Firma die Kredite einräumte.

Ein „fürstlicher“ Bantschwindler. Vor sechs Wochen gründete ein Fürst Leon Sapieha (die Sapieha sind

Dezember

12

Donnerstag

(Markt)

Sie

wissen doch, daß am Donnerstag Markt ist und eine

„Gesellschafter“-Anzeige

oooooooooooooooooooooooooooo

Ihnen stets neue Kundenschaft zuführt.

Bringen Sie noch heute Ihre Marktanzeige!

managen urprungen) in Berlin eine „Deutsche Immobilienbank e. G. b. H.“. Der Gründer ist seit 10 Tagen verschwunden, ohne daß die Angestellten ein Gehalt erhalten hatten, dagegen soll ein Berliner Arzt eine hohe Summe verloren haben. Der „Fürst“ ist ein gewisser Boy aus Polen. Als „Fürst“ hatte er noch die Frechheit, gegen die russische Sowjetregierung einen Prozeß anzutreten, in dem er 50 Millionen Goldrubel als Entschädigung für seine eingezogenen Liegenschaften verlangte. Mit diesem Schwindel suchte er sich in Berlin „Kredit“ zu verschaffen.

Wieder ein Versicherungsverbrechen. In Frankfurt a. M. ist der 24jährige Arbeiter Karl Hohmann aus Kleinauheim unter dem dringenden Verdacht verhaftet worden, einen Mordversuch an seiner Frau begangen zu haben, deren Leben er vor einiger Zeit versichert hatte.

Riefenbetrug. In Paris sind ein Bankier und drei „Direktoren“ einer neugegründeten Kohlenhandels-Aktiengesellschaft wegen schwindelhafter Ausgabe von Aktien verhaftet worden. Die betroffenen Käufer dieser Aktien sollen um 300 Millionen Franken geschädigt sein.

In der Nebenstelle der Norwegischen Bank in Bjovik wurden Unterschlagungen von vorläufig 130 000 Kronen (145 600 Mark) entdeckt. Der Kassier Paulsen ist verschwunden. Er hatte in die Banknotenbündel Holzklötzen gesteckt, um sie als voll erscheinen zu lassen. Eine ähnliche Unterschlagung war kürzlich bei einer dänischen Staatsbanknebenstelle festgestellt worden.

Flugzeugunglück. Bei Ruhig ist ein polnisches Seeflugzeug beim Niedergehen im Kriegshafen in Trümmer gegangen. Von den beiden Insassen, zwei polnischen Offizieren, wurde der eine getötet, der andere schwer verletzt.

Karneval statt Weihnachten. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung das Abschlagen von Tannen zum Weihnachtsfest verboten. Am 25. Dezember findet in Moskau ein antireligiöser Karneval zur Störung der Gottesdienste statt, an dem sich 40 000 Kommunisten beteiligen werden.

Liebeshandel. In Obermoltz bei Altenburg erschloß der aus Hof stammende Weggermeister Solger die zur Zeit in Altenburg beschäftigte Verkäuferin Seidel und brachte sich darauf selbst eine tödliche Verletzung bei. Die Seidel war früher in dem Betrieb von Solger in Hof tätig.

Doppelselbstmord. In Magdeburg wurden die Feuerwehrleute Arni tot und Meyer lebensgefährlich verletzt in der Wohnung Meyers aufgefunden. Sie sollen infolge schwerer ehelicher Zerwürfnisse beschlossen haben, zusammen aus dem Leben zu scheiden.

Letzte Nachrichten

Die Wahlen vom Sonntag

Vorläufiges amtliches Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen.

Weimar, 9. Dez. Nach Feststellungen des Landeswahlleiters wurden bei den Landtagswahlen folgende Stimmen abgegeben: SPD. 257 352 (254 042), Landvolkpartei 131 688, KPD. 81 120 (113 295), DVP. 70 413, Wirtschaftsp. 72 217 (75 590), DNVP. 31 618, Nat.Soz. 90 336 (27 846), Dem. 23 528 (26 832), Volksrechtsp. 9622 (22077), Komm. Opposition 12 156, Zentrum 9632, Haus- und Grundbesitz (nur in einem Wahlkreis vertreten 423). Die Stimmen der Landvolkpartei, der DVP, der DNVP, waren bei der vorigen Landtagswahl mit dem Zentrum zu einer bürgerlichen Einheitsliste vereinigt. Diese bürgerliche Einheitsliste erhielt damals 270 568 Stimmen. Dieselben Parteien haben bei dieser Wahl 243 351 Stimmen errungen. Nach amtlichem Ueberschlag werden voraussichtlich Mandate erhalten: SPD. 17 bis 18, Landvolk 9, KPD. 6, DVP. 5, Wirtschaftspartei 5 bis 6, DVP. 2 bis 3, Nat.Soz. 6, Dem. 1 bis 2. Die übrigen Parteien werden keine Mandate erhalten.

Zum Ergebnis der Gemeindevahlen in Bayern.

München, 9. Dez. Der Versuch, die Ergebnisse über die Gemeindevahlen politisch zu beurteilen, wird besonders bei den bürgerlichen Parteien durch die starke Verschiedenheit in der Listenaufstellung und durch die Bildung wirtschaftlicher Gruppen außerordentlich erschwert. Im allgemeinen läßt sich für Südbayern auf Grund der bisher vorliegenden Meldungen sagen, daß die SPD. sich behauptet hat. Das gleiche gilt von der Bayer. Volkspartei, die eher eine Zunahme zu verzeichnen haben dürfte. Die Nat.Soz. haben vor allem in den Städten gewonnen, aber auch auf dem Lande, jedoch offenbar nicht so stark im Süden, wie in anderen Kreisen. Bezüglich der Deutschnationalen ist es sehr schwer, sichere Feststellungen zu machen, da diese Partei vielfach bei wirtschaftlichen oder sonstigen bürgerlichen Listenaufstellungen beteiligt war. Die Kommunisten haben keine Erfolge erzielt.

Neues Eisenbahnattentat in Braunschweig. — Ein Beamter angeschossen.

Braunschweig, 9. Dez. Auf die Reichsbahnanlagen bei Braunschweig ist ein neues Attentat verübt worden. Ein Beamter der Bahnstrecke sah am Samstag abend, wie auf der Strecke Braunschweig, Broitzem ein Mann einen Stein auf die Schienen wälzte. Der Attentäter ging gegen den Beamten vor und verletzte diesen durch einen Schuß ins Bein. Der Streckenwärter bei der nahen Gasfabrik

hatte die Schüsse gehört und leitete dem Verletzten die erste Hilfe. Das Ueberfallkommando wurde sofort alarmiert und nahm die Verfolgung des Attentäters auf. Anscheinend handelte es sich um mehrere Täter.

Albanien gibt Kriegsschiffe in Auftrag

London, 9. Dez. Aus Tirana wird gemeldet, daß Albanien sich entschlossen hat, in die Reihe der Seemächte einzutreten. Bei einer Schiffswerft in Genua wurde bereits der Bau eines Kreuzers in Auftrag gegeben. Weitere Schiffe sollen gebaut werden, sobald die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Durazzo ist als Kriegshafen auserselien.

Handel und Verkehr

Befestigung des Reichs an der Preußenkasse

Zwischen der Reichs- und der preußischen Regierung ist ein Abkommen getroffen worden, demzufolge das Reich sich mit 50 Millionen Mark an der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse beteiligt. Der Zweck ist ein rein politischer, um dem Reich Einfluß auf die Verwaltung der Anstalt zu verschaffen. Das Direktorium soll in Zukunft aus 6 Personen bestehen. Der Präsident wird von Preußen im Benehmen mit dem Reich, zwei weitere Mitglieder werden von Preußen mit dem Reich und 3 weitere Mitglieder auf Vorschlag des Reichs bestellt werden. Preußen behält seine Aufsichts- und Leitungsbefugnisse, wird sie aber im Einvernehmen mit dem Reich ausüben.

Zur Herausgabe der 50 Millionen bedarf die Reichsregierung einer reichsgehehligen Ermächtigung. Sie beabsichtigt daher, dem Reichsrat und dem Reichstag noch vor Weihnachten einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Zusammenbruch der österreichischen Autoindustrie

Mit der zusammengebrochenen Bodenkreditanstalt in Wien, die nun von der Oesterr. Kreditanstalt übernommen ist, standen die Steyrwerke, die größte Automobilfabrik Oesterreichs in engem Zusammenhang. Schon vor dem Krach hatten die Steyrwerke große Arbeiterentlassungen vorgenommen. Ihre Schulden betragen 1925 16,7, 1926 29,3, 1927 35,2, 1928 57,7 Mill. Schilling (1 Schilling gleich 0,6 Mark). Demgegenüber betragen die Aktienstände nur 18,7, das Aktienkapital 15,12 und die Rücklagen 10 Mill. Schilling. Im laufenden Jahr sind die Schulden weiter stark angewachsen. Durch strenge Rationalisierung haben die Steyrwerke erreicht, daß mit der gleichen Arbeiterzahl im Jahr 1929 im Monat 600 Kraftwagen gebaut werden konnten, mit der im Jahr 1922 nur 94 Wagen gebaut wurden. Zur Zeit ist die Einfuhr von Kraftwagen nach Oesterreich durch Handelsverträge auf eine kleine Zahl beschränkt; diese Beschränkung fällt aber mit 1. Januar 1930 weg. Die österreichischen Automobilfabriken erzeugen aber viel mehr Wagen, als der bestehende österreichische Markt aufnehmen kann. Die Steyrwerke allein haben eine Jahresleistungsfähigkeit von 10 000 Kraftwagen und 80 000 Fahrrädern. Unter Führung der Kreditanstalt sollen nun die fünf größeren Autowerte, darunter die Oesterreichische Daimlerwerke, an denen die Kreditanstalt bereits beteiligt ist, zusammengefaßt werden. Dazu wird eine starke „Zusammenlegung“, d. h. Entwertung der Aktienkapitale, nötig sein, die dann durch Anleihen oder auf anderem Wege wieder rüchrt werden müssen. Jedenfalls wird aber die Kreditanstalt den beherrschenden Einfluß in der ganzen österreichischen Autoindustrie auch im inneren Betrieb erobern. Dieser Vorgang ist urbidlich für die neuzeitliche Entwicklung der Großindustrie in der ganzen Welt.

Schacht und die Börse. Die Berliner Börse war durch die Denkschrift des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nicht weniger beunruhigt und verwirrt, als die Reichsregierung. Sachlich mußte man der Denkschrift recht geben, wie ja auch die Börse schon lange und dringlich eine Finanzreform und eine Aenderung der Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Regierung gefordert und die Unfähigkeit und Unruhmachtigkeit des Reichsfinanzministeriums verurteilt hat. Aber man befürchtete, daß die Schärfe der Schacht'schen Anklagen nach innen und außen Folgen haben könne. Die Börse war matt und die Kurse bröckelten ab.

Postkutschverkehr in Württemberg im November 1929. Zahl der Postkutschstunden Ende November 39 169, Zunahme gegen Oktober um 129. Von dem Umsatz (545 Millionen RM.) sind 433 Millionen RM. bargelblos beglichen worden. Im Ueberweisungsvorteil mit dem Ausland wurden 1 115 000 RM. umgesetzt.

Der Maybach-Zwölfszylinder. Für die erste Serie des neuen Maybach-Zwölfszylinder-Wagens wurden Probewagen den schwierigsten Prüfungen unterworfen. Die Prüfung fiel sehr günstig aus, so daß schon in nächster Zeit mit dem Erheinen der ersten fertigen Wagen gerechnet werden kann.

Die Südd. Zucker-AG. wird eine Dividende von 12 (i. B. 10) v. H., die Zuckerfabrik Rheingau AG. in Worms eine solche von 9 (9) verteilen.

Die neue Beamtenbank. Die Verhandlungen zwischen der Zentralbank für Deutsche Beamte AG. und der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft haben zu dem Ergebnis geführt, daß nunmehr eine neue Beamtenbank mit einem Kapital von vorläufig 500 000 Mark auf gemeinnütziger Grundlage errichtet wird. Die D.B.u.D. übernimmt die Einlagen und erhält dafür den maßgebenden Einfluß.

In dem Konkursverfahren der „Berliner Beamtenbank“ wurde am Freitag die erste Gläubigerversammlung abgehalten. Dabei ging es so stürmisch zu, daß eine neue Veranlassung anberaumt werden mußte. Es kommen etwa 1400 Gläubiger in Betracht.

Fast 36 Millionen Verlust bei der Frankfurter Allgemeinen. Wie der Aufsichtsrat der Frankf. Allg. Versicherungs AG. mitteilt, ergibt sich bei dem Zusammenbruch des Unternehmens — ohne Berücksichtigung des Kaufpreises der Allianz — ein Verlust von 35 891 000 Mark.

Konkurse: Wilhelm Ellwein, Inhaber einer Blusen- und Kleiderfabrik in Stuttgart. — Nachlaß des am 27. November 1929 verstorbenen Schuhmachermeisters Anton Schurr in Ellmannen — Bankwerke, Karosserie- und Holzverarbeitungsunternehmen AG. Heilbronn.

Märkte

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt. 7. Dez. Tafeläpfel 10—18, Tafelbirnen 14—20, Quitten 8—10, Banäne 35—50, Karotteln 2,7—3,2, Endivienalat 4—10, Birsing (Kohltraut) 6—8, Filderkraut 6—7, Weißkraut rund 6—7, Rotkraut 9—10, Blumenkohl 20—30, Rosenkohl 15—25, dto. 1 Pfd. 20—30, Grünkohl 10, rote Rüben 6—8, gelbe Rüben 5—6, Karotten runde 1 Bund 5 bis 12, Zwiebel 6—8, Rettiche 5—10, Monatsrettiche 10—12, Sellerie 1 Stück 5—20, Schwarzwurzeln 30—35, Spinat 14—18, Kohlraben 4—10, weiße Rüben 4—5.

Fruchtmärkte Nagold.

Markt am 7. Dezember 1929.

Verkauf:	Preis pro Htr.	RM
28,78 Htr. Weizen		12,00—12,50
2,00 „ Roggen		11,00
5,12 „ Gerste		10,00
9,53 „ Haber		8,00

Handel gedrückt, zurückhaltend. Weizen, Roggen und Gerste ist noch aufgestellt in der Schrammenhalle. Nächster Fruchtmarkt verbunden mit Krämer-, Vieh- und Schweinemarkt am Donnerstag, den 12. Dezember 1929.

Sportrundschau vom Sonntag

Fußball.

Nagold I - Untereichenbach I 8:0 (4:0) Ecken 10:2

Mit Spannung erwartete man dieses Spiel, sah sich aber von vornherein insofern enttäuscht, als U. mit nur 9 Mann antrat. Wie ist dies bei einem Verein möglich, der bei Beginn der Verbandsspiele als ernstlicher Meisterschaftsanwärter galt? Immerhin muß lobend erwähnt werden, daß sich die 9 Mann alle Mühe geben, das Spiel jederzeit offen zu halten und wenn möglich, eine ernsthafte Niederlage zu vermeiden. Mit solch schwacher Besetzung ist aber bei einer Mannschaft in der Verfassung, in welcher heute U. ist, nicht viel auszurichten. Die Niederlage war unabwendbar und wäre noch viel höher ausgefallen, wenn der gegnerische Torwart nicht sein ganzes Können eingesetzt und U. die vielen Gelegenheiten besser ausgenutzt hätte. U. konnte im allgemeinen gefallen mit Ausnahme einer sehr schwachen Zeit in der 2. Spielhälfte, wo es sich die 11 Mann recht bequem machten.

Der Anfang war verheißungsvoll für U. Kaum angepielt kommt es zur ersten Ecke für U. Ein Schuß wird vom Torwart abgeschlagen, der Nachschuß schießt aber. Man merkt, U. nimmt die Sache ernst und will sich für die Niederlage in U. entschädigen. U. liegt dauernd im Angriff, kaum daß U. einmal ernstlich gefährlich wird. Was so ab und zu auf das Tor von U. kommt, wird in bewertenswerter Seelenruhe vom Torwart unschädlich gemacht. U. verschuldet einen Elfmeter. Dieser wird zwar vom Torwart abgeschlagen, aber der Nachschuß führt zum 2. Tor. U. greift weiter an, einige schöne Sachen werden glatt verfehlt, doch schließlich wird doch das 3. Tor erzielt. Bald darauf ist wieder ein Elfmeter fällig, der aber verschossen wird. Wieder greift U. an, in gutem

Zusammenspiel wird der Ball vorgebracht, die gegnerische Verteidigung umspielt, der Torwart läuft heraus und an ihm vorbei schießt der feinerberechnete Schuß ins Netz. Halbzeit 4:0.

Nach Wiederanpfiff hat man den Eindruck, als ob U. auf seinen Lorbeeren ausruhen wollte. Kein Zug mehr auf's Tor, kein ernstlicher Wille ist mehr zu erkennen. Einige vergebliche Ecken werden erzielt, das ist so etwa 20 Minuten lang alles. Endlich bringt ein schön geschossenes Tor wieder neues Leben in die blau-weißen Reihen. Es wird wieder gespielt u. gekämpft. Die Erfolge bleiben auch nicht aus. In kurzen Abständen fallen 3 weitere Tore. 8:0 heißt es und immer wieder greift U. an. Da kommt auch einmal U. vor, der Mittelstürmer bricht durch, wird aber im Strafraum regelwidrig gelegt. Der gegebene Elfmeter, die einzige Gelegenheit zum Ehrentor, wird aber hoch darüber geschossen! U. erzielt noch einige Ecken und liegt auch beim Schlußpfiff des sehr guten Schiedsrichters, eines Herrn aus Tutzingen, im Angriff.

Nagold III - Gärtringen I 2:3

Ein recht nettes Spiel, in dem U. durch seinen Glanz in der 2. Spielhälfte eigentlich ein Unentschieden verdient hätte. G. stellt eine linke Mannschaft ins Feld, die bei mehr Technik und Spielerfahrung zu gewissen Hoffnungen berechtigt. Auch sportlich konnte die Mannschaft gut gefallen.

Die erste Spielhälfte schloß mit 1:3 für die Gäste ab. Nach der Pause strengt sich U. sichtlich an, das Ergebnis zu verbessern. Die fortgesetzten Bemühungen lassen U. schließlich auch ein Tor ausbolen. G. läßt nach, so daß U. weiter im Angriff bleibt. Die letzte Viertelstunde gehört beinahe ausschließlich U., doch sollte dem anerkennenswerten Eifer von U. kein weiterer Erfolg mehr beschieden sein.

Altensteig II - Nagold II 6:1

Eine empfindliche Niederlage brachte die 2. Mannschaft nach Hause. Wenn man die näheren Umstände kennt, ist sie allerdings nicht sonderlich überraschend. Erfahrene Sportsleute sollten sich eben beherrschen können, auch wenn sie glauben, im Recht zu sein.

Altensteig Jugend - Nagold Jugend 1:3

Mit gemischten Gefühlen traten unsere Jungen den Gang nach A. an. Der Boden in A. ist immer etwas heiß und ein Sieg dort nicht so leicht zu erringen. Umso mehr ist unsere Jugend zu ihrem schönen Erfolg zu beglückwünschen. Unsere Jugend ist mit der Zeit doch ein festeres Gefüge geworden. Festes Zusammenhalten und regelmäßiges Erscheinen zu den Übungsabenden werden sicher zu weiteren Erfolgen führen.

Handball.

To. Rohrdorf I - To. Altensteig I 1:8

Obiges Spiel war von Anfang an ziemlich verfahren, jedoch fanden sich beide Mannschaften bald und konnte der Sturm von A. infolge einiger rascher Durchbrüche drei mal erfolgreich sein. A's Sturm zeigte einigemale schöne Zusammenarbeit, kann aber gegen die ballstärkere Verteidigung vorerst nichts ausrichten, doch gelingt es ihm kurz vor Halbzeit das erste und allerdings letzte Tor zu erringen. Nach der Halbzeit machte sich die Ueberlegenheit von A. immer deutlicher bemerkbar, was an noch weiteren 5 Toren zum Ausdruck kam. Der Schlußpfiff des beiderseitig betriebigen Schiedsrichters beendete ein durchweg anständiges Spiel.

To. Rohrdorf Jug. - To. Altensteig II Jug. 3:0

Wie schon aus dem Torverhältnis hervorgeht, zeigte dieses Spiel einen schärferen Charakter. Bei beiderseits flottem Zusammenspiel kann A. durch bessere Spieltechnik und Ballsicherheit die körperliche Ueberlegenheit von A. ausgleichen und das Ergebnis mit 3:0 für sich sichern.

Stadtgemeinde Nagold. Zu dem am nächsten Donnerstag, den 12. Dezember 1929 stattfindenden 1844



Markt

ergeht Einladung. Der Fruchtmarkt am 14. Dezember ds. Js. fällt dann aus. Nagold, den 7. Dezember 1929. Stadtkultusheizenamt.

Die Weihnachtsfeier der Kleinkinderschule findet am Samstag, den 21. Dezember 1929 (Thomasfeiertag) nachm. 4 Uhr im Saal der Kinderschule statt. Hierzu werden die Angehörigen der Kinder und Freunde der Kinder herzlich eingeladen. Gaben zu einer Freude für die Kinder nehmen die Kinderchwestern dankbar entgegen. Dekan Otto.

Walddorf, den 8. Dez. 1929. Danksagung Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme während der Krankheit und beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante Christiane Walz, Wagners Witwe für die zahlreiche Leichenbegleitung von hier und auswärts, sowie für den erhabenden Gesang des Mädchen-Chors sagen innigsten Dank die trauernden Hinterbliebenen.

Weingroßhandlung erstes Haus mit viel Rebbesitz, sucht für verschiedene Orte gut eingeführte Vertreter Ausführliche Angebote unter Nr. 1826 an den Verlag dieses Blattes.

Ein beliebtes Weihnachtsgeschenk ist ein Regenichirm für Damen, Herren u. Kinder Sie finden reiche Auswahl bei Carl Pflomm - Nagold

Für das Weihnachtsfest nehmen wir Bestellungen auf prima junge Hasfermaße Gänje bis spätestens 12. ds. Mts. von unseren Mitgliedern entgegen. KRONUM VEREIN NAGOLD UND UMGEBUNG e. G. m. b. H.

Der christl. Hausfreund Abreiß-Kalender für 1930

zu M 1.- stets vorrätig bei Buchhandlung Zaiser Tortenplatte feinstes Steingut Stück von M 2.50 an Berg & Schmid

G. W. ZAISER liefert Stempel aller Arten Nagold, Tel. 29 Schüler-Violenen von 7.50 M an empfiehl E. Hohnloser jr. Pforzheim,ENZSTR. 9.

Advertisement for Christian Schwarz featuring 'Herren-Westen', 'Herren-Pullover', and 'Damen-Westen'. Text includes 'Von einer grösseren Strickwarenfabrik habe ich eine Partie', 'weit unter dem Fabrikpreise', 'staunend billiger Strickwaren', and 'Christian Schwarz Marktstrasse. 1847'.

Advertisement for Sternwolle featuring a star logo and text: 'NWK Wolle', 'Sternwolle unbedruckt haltbar', 'Suche zu pachten: Größere, mindestens 500 Zentner fassende, an fahrbaren Straßen liegende Scheuern und Schuppen, welche zum Lagern von Tannenzapfen geeignet sind. Dieselben könnten auf Wunsch bis zur Feuerernte wieder geräumt werden. Angebote erb. unter Nr. 1850 an die Gesch. Stelle d. Bl'.

Advertisement for G. W. Zaiser, Nagold, featuring a wreath illustration and text: 'Dinge mit Gebrauchswert sind die richtigen Geschenke der heutigen, sachtlichen Zeit. Immer mehr bürgert es sich ein, zu den Festen Gebrauchsartikel in besonders schöner Form zu schenken. So verbindet man das Nützliche in feiner Weise mit dem Angenehmen, anstatt an wertlosen Land Geld zu verschwenden. Solche Dinge des Gebrauchs in edler Form bieten wir Ihnen in feinen Briefkassetten geschmackvollen Besuchskarten Füllfederhaltern i. d. Qualitätsmarken Montblanc, Parker, Rydigold Füllbleistiften Schreibgarnituren und Schreibzeugen Schreibunterlagen Schreibmappen G. W. Zaiser, Nagold.'

Vertical text on the right edge of the page, including 'An', 'Mit', 'Unes', 'Sezuga', 'M 1.8', 'jedem', 'D. A.', 'Berlag', 'Telegr.', 'Nr. 29', 'Das Re', 'Sihung die', 'Finanzrefor', 'Reichspr', 'zu Ehren d', 'der Reichsta', 'andere Gäst', 'netts mußte', 'erklärung u', 'Am Die', 'juristischen', 'Young-Plan', 'Mit dem', 'mehr 4400', 'angekommen', 'weitere Abt', 'Personen zu', 'Das', 'Die Aus', 'bankpräsid', 'tung des g', 'noch eine n', 'Kritik des d', 'der Wert d', 'auf das ohn', 'soll, auf zw', 'schen Privat', 'angegeben w', 'ster Voricht', 'daß die beru', 'Wert des an', 'tums auf d', 'rungen auf', 'Die Ziffe', 'von dem in', 'mit 85 Mill', 'die Ansprü', 'und stichfest', 'nische Bege', 'Schwindel i', 'eine Summe', 'deutschen M', 'Damit ist a', 'gesprochen, d', 'ansprüche je', 'sammenschru', 'Was abe', 'v e r m ö g e', 'Dr. Höpfe', 'Finanzrede', 'den abgetret', 'mit 25 Mill', 'minister dem', 'punkt des p', 'doch wohl a', 'liarden eben', 'Reichsban', 'er jagt, daß', 'volle Entsch', 'Reich zur F', 'Polen liqui', 'gung beruht', 'kann also dur', 'und Polen', 'Deutschland i', 'Entschädigun', 'diese Verpfl', 'etwa der Ar', 'kunft sämtl', 'a u f s e i n e', 'Was bist', 'Erstattung d', 'Gesamtwert', 'sich der öffent', 'failler Diktat', 'Reparations', 'deutschen An', 'das Kapital i', 'zu errechnen', 'destens 100', 'mehreren Jo', 'zur Verfügung', 'auch noch die', 'natürlich ent', 'neuen Tribut', 'Spanne zwif', 'Wann es', 'lung aus die'